

Fair gehandelt

Autor(en): **Franc, Andrea**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **96 (2016)**

Heft 1033

PDF erstellt am: **17.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736247>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

OIKONOMIKA

Fair
gehandelt**Andrea Franc**

ist Wirtschaftshistorikerin und forscht zu Nord-Süd-Handel sowie ökonomischer Theoriegeschichte. Sie lebt in Basel.

Lust auf faire Schokolade? Das Ende des Schweizer «Schoggigesetzes» lässt hoffen. Schoggigesetz? 1974 hatte das Parlament diskussionslos ein neues Bundesgesetz zum Schutz der Nahrungsmittelindustrie durchgewunken. Für das Gesetz engagierten sich damals hochangesehene Vertreter der Schweizer Privatwirtschaft: der Fabrikant Rudolph Sprüngli im Namen der schwer angeschlagenen Schokoladenindustrie und Gerhard Winterberger, Direktor des «Vororts», der heutigen «economiesuisse». Statt einer freien Marktwirtschaft verteidigten die beiden mit dem «Schoggigesetz» jedoch den klassischen westlichen Neoprotektionismus: Weil der Agrarprotektionismus in der Schweiz Milch oder Getreide verteuerte, sollte der Bund auch der Nahrungsmittelindustrie mit Exportsubventionen unter die Arme greifen. Zudem sollten Schutzzölle den Import von billigeren ausländischen Nahrungsmitteln verhindern. Einer widersetzte sich schon damals: Karl Schwenk, Chef der Discountkette Denner, forderte per Referendum eine Volksabstimmung. Er bezeichnete das Gesetz ökonomisch korrekt als «protektionistisch» und prophezeite höhere Konsumentenpreise und Staatsausgaben als Folge. Sprüngli und Winterberger bestritten Schwenks Aussagen zwar nicht, argumentierten aber mit den bis heute beim Wahlvolk wirkungsvollen Schlagworten «Arbeitsplatz- und Ernährungssicherung». Äusserst knapp nahmen die Schweizer das «Schoggigesetz» im Dezember 1975 an. Seither ist viel passiert. Entwicklungsländer wie Brasilien, Indien oder China sind der WTO beigetreten und prangern nun den westlichen Protektionismus an. Unter «fair» verstehen die Entwicklungs- und Schwellenländer unmissverständlich die Abschaffung von Gesetzen, die ihren Produkten den Marktzugang versperren und die westliche Industrie mit Exportsubventionen stützen. Im Dezember hat die WTO tatsächlich ein Ende der Exportsubventionen beschlossen. So können wir vielleicht bald, und nicht nur im Denner, wirklich faire Schokolade kaufen – aus Brasilien! ◀

FREIE SICHT

Berner
Modesünden**Christian P. Hoffmann**

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich. Er lebt in Leipzig.

Politik ist Moden unterworfen. Mal weht der Wind von links, mal von rechts. Mal verlangt der Wähler mehr innere, mal mehr soziale oder ökologische Sicherheit. Diese menschliche Wankelmütigkeit hat sich in jüngster Zeit zu einem neuen Trend hochgeschaukelt: zur Metapolitik. Oder einfacher: zur Politik über Politik.

Aktuell zu reden gibt etwa die Durchsetzungsinitiative. Ihre Anhänger fordern eine Abstimmung über die Durchsetzung der Ausschaffungsinitiative. Diese wurde schon Ende 2010 angenommen, aber nicht wunschgemäss umgesetzt – also wird noch mal abgestimmt, diesmal über die Umsetzung. Ein zweites Beispiel ist die Rasa-Initiative («Raus aus der Sackgasse!»). Hier verlangen die Initianten nicht die Umsetzung, sondern die Nichtumsetzung eines Volksentscheids, nämlich der Anfang 2014 angenommenen Masseneinwanderungsinitiative.

Motor des Politikarussells sind neue, expansive Erwartungen an die Politik. Ihre vermeintliche Zuständigkeit für jeden Wechselfall des Lebens – als eine Art wohlfahrtsstaatliche Gummizelle für den demokratischen Bürger – führt unvermeidlich zu einer Überhitzung der politischen Prozesse. Ein Gesetz, ein Referendum, eine Initiative jagen die nächsten. Das Gestrüpp der Rechtserlasse wächst schneller als Bruttosozialprodukt, Staatsschulden und Zentralbankbilanzen zusammen. Immer kurzfristigere Gelüste geben den Takt vor; nicht selten widerspricht die Modeantwort von heute dem Politgeschmack von morgen. Und so erzeugt unaufhörlich eine vermeintliche Lösung die nächste Unzufriedenheit, ein Gesetz das Gegengesetz, eine Initiative die Gegeninitiative. Es ist nicht zu erwarten, dass sich das Karussell abkühlt. Darum gilt es die Metapolitik als Chance zu begreifen. Wie wäre es, wenn jedes Gesetz und jede Initiative erst nach einem Jahr durch einen Metarechtsakt in Kraft träte – oder eben auch nicht? Ich glaube: die zeitlich verzögerte doppelte Mehrheit könnte dazu beitragen, zumindest die schlimmsten Modesünden übereifriger Politik zu vermeiden. ◀